

## **Beschlussempfehlung: Rücknahme der außerordentlichen Kündigung der Leistungsverträge mit Frieda e.V. und Umsetzung eines ordentlichen Verfahrens zur Klärung der von der Verwaltung formulierten Vorwürfe**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die außerordentliche Kündigung der Leistungsverträge für den Betrieb der Einrichtungen "Phantalisa" und "ALIA", die am 17.4.2024 durch den Stadtrat für Jugend und Gesundheit, Herrn Max Kindler, gegenüber dem Träger Frieda e.V. ausgesprochen wurde, wird zurückgenommen, um ein geordnetes Verfahren einzuleiten. Sollte dies nicht möglich sein, wird das Jugendamt aufgefordert, den bisherigen Vertrag unter den bisherigen Bedingungen fortzuführen. Sofern Frieda e.V. diesem Angebot zustimmt, kommt es rechtlich zu einer Neugründung des Leistungsvertrags und ein geordnetes, ergebnisoffenes und rechtssicheres Verfahren zur Überprüfung der Zusammenarbeit wird eingeleitet. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass der Jugendhilfeausschuss in dieser Angelegenheit der Jugendhilfe über das Entscheidungsrecht verfügt und die Verwaltung des Jugendamtes an ein derartiges Votum rechtlich gebunden ist.

Im Bezirk ist kein Platz für Antisemitismus. Die vom Stadtrat im Kündigungsschreiben vorgebrachten schwerwiegenden Vorwürfe sind umfangreich und tiefgreifend aufzuklären und dem Jugendhilfeausschuss vollständig darzulegen.

Gleichzeitig wird der Träger Frieda e.V. aufgefordert, sich fachlich gegenüber dem Jugendhilfeausschuss im Zusammenhang mit den geäußerten Vorwürfen zu positionieren und entsprechend Konsequenzen innerhalb des Vereins zu ziehen. Frieda e.V. wird darüber hinaus aufgefordert, sich um ein kooperatives und respektvolles Verhalten gegenüber dem Jugendamt (Verwaltung des Jugendamtes und Jugendhilfeausschuss) und um einen ausgewogenen Dialog in der Aufklärung dieser Angelegenheit zu bemühen. Ohne einen solchen ist eine weitere Zusammenarbeit für den Jugendhilfeausschuss nicht darstellbar. Ziel aller Bestrebungen muss sein, den Betrieb der beiden betroffenen Einrichtungen schnellstmöglich wiederaufnehmen und das Angebot für alle Mädchen\* und jungen Frauen\* nach allen fachlichen Standards vor Ort weiterführen und sicherstellen zu können.

Bündnis90/Die Grünen, Die Linken